

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/226

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Karlsruhe
Schwarzwaldhalle,
26. November 1964

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Stabilität und Zuversicht ----- Karlsruhe - Bilanz gewissenhafter Arbeit	46
2	Die Botschaft aus dem Norden ----- Der schwedische Ministerpräsident vor dem SPD-Parteitag	48
2a	"Wir wagten den Schritt zum Buch" ----- Ein Wort zur "Bücheraktion" der SPD	47
3	So mußte es kommen ----- Zur Entscheidung des Bundesfinanzhofs Schwere Enttäuschung für Landwirte Von Dr. Erhard Eppler	47
4 - 5	Wirkliche Strafrechtsreform ----- oder nur Reform des Strafgesetzbuches ? ----- Von Dr. Adolf Müller-Ernert, MdB	99
6 - 7	Ganz Bildung keine Demokratie ----- Fundament eines gesunden Staatswesens Von Prof. Carlo Schmid Vizepräsident des Deutschen Bundestages	105

+ + +

Stabilität und Zuversicht

Karlsruhe - Bilanz gewissenhafter Arbeit

sp - Dieser 16. SPD-Parteitag in Karlsruhe hat es "in sich". Kongreßbeobachter, die gewohnt sind, spektakuläre Ereignisse für Politik zu halten, kommen vielleicht nicht ganz auf ihre Kosten; wohl deswegen, weil in Karlsruhe wirklich gearbeitet wird und niemand sich damit begnügt, Reden zum Fenster hinaus zu halten.

Zugegeben, die Beurteilung von sachlich erarbeiteten innen- und aussenpolitischen Forderungen ist schwieriger als die Erfindung eines Bormot. Aber die Sozialdemokratie arbeitet nicht für den Tag und noch weniger nur für einen Parteitag, sondern für die Menschen, die heute leben und für die Generationen, die nach uns kommen werden.

Eine Partei, die sich ausrechnet, daß sie in Kürze regieren wird, kann und darf sich nicht anders verhalten als die SPD es tut. Deswegen sind die zahlreichen Entschliessungen zur Innen- und Aussenpolitik nicht etwa Wahlkampfmethoden, sondern bereits Ansätze für ein unser gesamtes gesellschaftspolitisches Leben umfassendes Regierungsprogramm. Ob es hierbei um die Jugend geht, die Fürsorge für die alten Menschen, das Streben nach sozialer Sicherheit oder die Bemühungen um den Beitrag Deutschlands zur Friederessicherung - alles das spiegelt sich in den Entschliessungen des Parteitages von Karlsruhe wider; es ist die Summe von Erfahrungen vieler Jahre politischer Praxis und der verpflichtende Auftrag, Versäumnisse bisheriger Bundesregierungen aufzuholen.

So betrachtet, ist es auch nicht erstaunlich, daß dieser Parteitag in Karlsruhe keine Zeit mit langatmigen Diskussionen über Dognen verliert. Die Erfordernisse des Tages verlangen von jedem Delegierten das unmittelbare Eingehen auf praktikable Lösungen uns bedrängender Probleme.

- * Vielleicht ist es gut, daran zu erinnern, daß alle sozialdemokratischen Forderungen stets auch auf ihre finanziellen Auswirkungen für unser Volk errechnet werden. Als die SPD im Frühjahr 1961 ihr Regierungsprogramm vorlegte, haben Finanzexperten der CDU/CSU und der FDP behauptet, die Sozialdemokraten bauten Luftschlösser vor den Wählern auf.
- * Übersehen wurde dabei, daß die SPD gleichzeitig einen Finanzierungsplan für ihr Programm vorlegte, dessen Berechnungen sich schon wenige Monate später als völlig exakt, dem Wachstum der Wirtschaft und dem Steueraufkommen entsprechend erwies.

So ist es auch diesmal wieder, was in Karlsruhe geschieht, ist die unmittelbare Vorbereitung für ein Regierungsprogramm, das die SPD im kommenden Frühjahr verkünden wird. Es wird - das zeigt der Parteitag in Karlsruhe sehr deutlich - ein Programm der Stabilität und Zuversicht sein.

Die Botschaft aus dem Norden

Der schwedische Ministerpräsident vor dem SPD-Parteitag

sp - In den dreißiger Jahren besuchten nur drei Prozent der schwedischen Schüler ein Gymnasium; heute sind es annähernd 50 Prozent der 16 bis 17-jährigen, im Jahre 1970 werden es 80 Prozent sein. Jeder Gymnasiast erhält monatlich eine Studienbeihilfe zwischen 75 und 325 Kronen; jeder Student hat das Recht, 7.000 Kronen abzukeben, um sein Studium zu finanzieren, wobei freilich der größte Teil zurückgezahlt werden muß, aber zu Bedingungen, die dem Akademiker die Sicherheit geben, niemals über Gebühr durch Schuldenabzahlung belastet zu werden. Im Vergleich zu 1950 haben sich die Ausbildungsausgaben der öffentlichen Hand vervielfacht. Dieses Geld ist nicht zum Fenster hinausgeworfen, es trägt gute Früchte.

Tage Erland er, Ministerpräsident des seit mehr als drei Jahrzehnten von Sozialdemokraten regierten Schweden, gab in seinem Referat vor den Delegierten des SPD-Parteitages in Karlsruhe "Freiheit und Ordnung in der modernen Gesellschaft" diese Zahlen und noch vieles mehr bekannt. Die moderne Industriegesellschaft unterliegt einem Prozeß ständiger Veränderung; ihm zum Wohl der Menschen zu gestalten, bleibt der Sinn der Politik. Das hochindustrialisierte Schweden kann heute für Länder mit gleicher oder ähnlicher Struktur als vorbildlich gelten. Es hat nicht nur die beste Altersversorgung in der Welt, es liefert einen überzeugenden Beweis dafür, wie privater und öffentlicher Wohlstand miteinander nicht in Konflikt zu kommen brauchen.

"Eine dynamische Gesellschaftsentwicklung, in der man ein wohlabgewogenes Gleichgewicht zwischen einer Erhöhung des privaten Konsums und der privaten Investitionen und einem gesteigerten gesellschaftlichen Einsatz schafft, gibt Schritt für Schritt den Menschen eine größere Freiheit, zu wählen, wie sie ihr Leben formen wollen."

Auch in Schweden gab es beharrende Kräfte. Für sie genügte die Sicherung eines Existenzminimums, dann sollte der Mensch sich selbst überlassen bleiben, sollte auf "eigenen Füßen" stehen. Die Sozialpolitik in der Bundesrepublik ist noch vorherrschend von dieser Ansicht bestimmt. Sie beruht auf einer Fehleinschätzung. Bei wachsendem Lebensstandard geben sich die Menschen mit einem Existenzminimum nicht mehr zufrieden; sie wollen teilhaben an dem Reichtum der Industriegesellschaft, wollen nicht durch Krankheit, Arbeitsbehinderung, Tod des Versorgers oder bei Erreichung des Pensionsalters in soziales Elend gestürzt werden. Die schwedische Sozialpolitik nimmt dem Menschen die Furcht vor der Not und gibt ihm damit ein Höchstmaß an Freiheit, setzt produktive Kräfte frei und bannt die Unsicherheit vor dem morgigen Tag.

Nicht für alle Industrieländer ergeben und empfehlen sich für die Lösung der durch die dynamische Entwicklung aufgeworfenen Probleme die gleichen Rezepte. Die Grundsituation ist freilich für alle gegeben: Das Streben des Einzelnen nach Sicherheit, Wohlstand und freier Entwicklung zur Persönlichkeit in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen einer starken und handlungsfähigen Gesellschaft. Schweden zeigt uns, wie man mit einem Mindestmaß innerer Reibungen durch harmonisches Zusammenwirken individueller und gesellschaftlicher Kräfte einen Staat gestaltet, von dem man sagen kann, er ist die gerechte Heimstatt für alle geworden.

"Wir wagten den Schritt zum Buch"

Ein Wort zur "Bücheraktion" der SPD

sp - "Wir sagen der SPD unseren allerherzlichsten Dank für diese Bücherspende. Unsere Schule ist mit Etatmitteln nur schwach ausgestattet, so daß wir ähnliche Anschaffungen wahrscheinlich erst im Lauf mehrerer Jahre hätten vornehmen können. Was uns ganz besonders Eindruck machte, ist die Tatsache, daß die Bücher, die Sie uns in Aussicht stellen, nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt wurden, sondern nach allgemeinen pädagogischen Gesichtspunkten ..."

* * *

Das ist der Inhalt einer der vielen Briefe, die von Direktoren und Rektoren deutscher Schulen und Oberschulen an den Parteivorstand der SPD geschrieben wurden und denen zugleich Bestellzettel für Bücher der neueren Geschichte beigelegt waren.

Bekanntlich hat die SPD einen großen Teil der den Parteien zur Verfügung gestellten öffentlichen Gelder zugunsten einer großzügigen Bücherspende an deutsche Schulen verwandt, von der Schatzmeister Alfred Nau auf dem Parteitag in Karlsruhe sagte: "Wir wagten den Schritt zum Buch".

Volksschulen, Mittelschulen, höhere Schulen und Pädagogische Akademien erhielten das Angebot, sich aus einer Liste von Buchtiteln diejenigen Bücher auszuwählen, die allzu spärlich in den meisten Bibliotheken vorhanden sind. Das Echo war überraschend positiv und ging weit über alle Erwartungen hinaus.

- * Bis jetzt sind schon über 100 000 Bücher erbeten worden. Da
- * man beim Start der Aktion davon ausgegangen war, daß die Bestellziffer zwischen 10- und 20 000 liegen würde, muß die
- * SPD erhebliche Anstrengungen machen, um allen Wünschen gerecht zu werden. Sie tat es und bestellte auf eigene Rechnung in 30 Druckereien der Bundesrepublik rund 90 000 Bücher.

Interessant und aufschlußreich ist die Bestellliste. Sie zeigt, daß viele junge Menschen mehr über die jüngste Geschichte wissen wollen, als man ihnen bisher vermitteln konnte. Die "Deutsche Geschichte" von Golo Mann, Prof. Eugen Kogons Buch "Der SS-Staat", Bücher von und über Kennedy, von Prof. Eschenburg und Prof. Baigstraesser, Werke über die Weimarer Republik und von dem ersten Präsidenten der Bundesrepublik, Prof. Theodor Heuss, stehen an der Spitze der Wünsche.

Das ist ein großartiges Ergebnis, das gleichermassen jene ehrt, die diese Idee hatten, wie auch diejenigen, welche sie aufgriffen, um ihr staatsbürgerliches Wissen zu vertiefen. Alle jene werden aber der Lüge gestraft, die oft genug leichtfertig behaupteten, unsere jungen Menschen seien an der Gegenwartsgeschichte nicht oder nur wenig interessiert. Sicher wird sich die SPD auch weiterhin bemühen, durch ähnliche Aktionen der jungen Generation zu helfen, das Wesen des demokratischen Staates zu erfassen.

So mußte es kommen

Zur Entscheidung des Bundesfinanzhofes
Schwere Enttäuschung für Landwirte
Von Dr. Erhard Eppler, MdB

Seit acht Jahren quälten sich die Regierungsparteien mit der Neuordnung der Einheitswerte für den Grundbesitz. Im zweiten Bundestag blieb ein entsprechender Entwurf in den Ausschüssen hängen. In der dritten Legislaturperiode - als die CDU allein regierte - kamen neue Ansätze über das Kabinett nicht hinaus. Am 1. Oktober 1963 hat die Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Bewertungsgesetzes dem Bundestag zugeleitet. Der Finanzausschuß führte seine erste Beratung durch, aber dann wurden die Widerstände innerhalb der Koalitionsparteien stärker.

Man konnte sich an den Fingern abzählen, daß weder der Bundesfinanzhof, noch das Bundesverfassungsgericht einen Zustand noch länger hinnehmen würde, bei dem 30 Jahre alte Einheitswerte als Grundlage der Besteuerung dienen sollen.

Die SPD, aber auch einige Abgeordnete der CDU versuchten vor allem dem Bauernverband klarzumachen, daß seine Wünsche gründlicher beraten und berücksichtigt werden könnten, solange der Bundestag nicht durch ein Gerichtsurteil unter Druck gesetzt sei. Leider ohne Erfolg.

Die nichtbuchführenden Landwirte - sie sind die Mehrzahl - werden bisher nach Durchschnittssätzen besteuert, die ein Zwölftel des Einheitswertes von 1935 zur Grundlage haben. Das hatte zur Folge, daß diese Betriebe nur etwa 0,01 Prozent des Gesamtaufkommens an Einkommensteuer zu entrichten hatten. Niemand mißgönnte den Bauern diesen Vorzug, und es wäre vielleicht möglich gewesen, im Zuge der Neubewertung auch die Vorschriften der VOL (Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Errechnung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft) neu zu formulieren. Jetzt wird die Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft zum öffentlichen Diskussionsthema und liegt sicher nicht im Interesse unserer kleinen und mittleren Bauern. Das Urteil des Bundesfinanzhofs trifft die Landwirtschaft, vor allem die kleinen und mittleren Bauern, an der empfindlichsten Stelle.

Man kann ohne große Phantasie voraussagen, daß die Einheitswerte von 1935 auch als Grundlage für andere Steuern - vor allem für die Vermögen- und Erbschaftsteuer - nicht mehr allzu lange gültig sein werden. Nachdem der "Industriekurier" seinen Lesern geraten hat, in Zukunft alle Steuerbescheide zur Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbssteuer als verfassungswidrig anzufechten, wird sich nun auch die Koalition zu einer zügigen Beratung des Bewertungsgesetzes in allen Ausschüssen des Bundestages herablassen müssen.

Was beste Argumente und Erfordernisse des Gemeinwohls bei der Regierungskoalition nicht vermochten, muß nun der Druck der Gerichte tun. Das ist beschämend.

Wirkliche Strafrechtsreform

oder nur Reform des Strafgesetzbuches ?

Von Dr. Adolf Müller-Emmert

Der Entwurf eines Strafgesetzbuches, der zur Zeit im Sonderausschuß "Strafrecht" des Deutschen Bundestages beraten wird, wird in einer Reihe von Grundsatzfragen und Einzelregelungen den sozialdemokratischen Vorstellungen nicht gerecht. Vielfach übernimmt er lediglich das geltende Recht und die Rechtsprechung zu verschiedenen Punkten, ohne den Mut zu haben, in strafrechtliches Neuland vorzustoßen.

Gerechtes und soziales Strafrecht

Das Strafrecht muß ein Ausführungsgesetz des Grundgesetzes sein und die Würde des Menschen und alle Grundrechte achten und schützen; es muß daher sowohl gerecht sein und den Täter nach dem Maß seiner Verantwortung treffen als auch sozial, damit der einmal Gestraachelte nicht zum Verbrecher aus verlorener Ehre wird. Er muß die Chance haben, sich durch Wohlverhalten wieder in die Gemeinschaft einzugliedern.

Auch Reform des Strafvollzugs und des Strafregisterwesens !

Zur Reform des Strafrechts gehören daher die Reform des Strafvollzugs genauso wie die Reform des Strafregisterwesens. Der Strafvollzug darf nicht zur dunklen Schule des Verbrechens werden und Ansteckungsherd der Kriminalität sein, sondern muß der Erziehung der Verurteilten und ihrer Wiedereingliederung dienen. Die Reform des Strafregisterwesens muß zum Ziele haben, daß geringfügige Verfehlungen unter Umständen nicht in das Strafregister eingetragen werden, und daß die Tilgung von Strafvermerken grundsätzlich beschleunigt wird.

Wirksames Strafrecht

Das Strafrecht muß wirksam sein und die Minderung der Kriminalität zum Ziele haben. Der beste Schutz gegen die Kriminalität ist eine dauerhafte Besserung derjenigen, die mit den Gesetzen in Konflikt gekommen sind. Von den nicht besserungsfähigen Verurteilten muß die Gesellschaft durch geeignete Freiheitsentziehende Maßnahmen erdgütig gesichert werden. Zu einem wirksamen Strafvollzug muß daher noch ein durchdachtes System von Strafen und Maßregeln hinzu kommen.

Kein Unterschied zwischen Zuchthaus und Gefängnis !

Die Einführung der Einheitsstrafe, die in ausländischen Staaten mit modernem Strafrecht weit verbreitet ist und die auch von der weit überwiegenden Mehrheit der Wissenschaft und der Strafvollzugspraxis gefordert wird, ist unbedingte Notwendigkeit. Es ist in unserem Volk weithin unbekannt, daß sich Zuchthaus und Gefängnis im Vollzug überhaupt nicht oder nur in belanglosen Punkten unterscheiden. Das Wesentliche beider Strafarten ist der Freiheitsentzug. Eine Differenzierung wird nirgends angestrebt, da sie zweckwidrig wäre. Die von der Bundesregierung vorgesehene Beibehaltung der Zuchthausstrafe versieht den Verurteilten nur mit dem Makel des "Zuchthäuslers" und führt dazu, daß er nach seiner Entlassung mit dem gesetzlich nicht vorgesehenen Übel der Entehrung belastet wird und damit den Keim zukünftiger Kriminalität erhöht in sich trägt.

Ein Volk von Vorbestraften ?

In gleicher Weise steht die kurzzeitige Freiheitsstrafe einer wirksamen Bekämpfung der Kriminalität entgegen. Kurze Freiheitsstrafen lassen die Anwendung wirksamer Erziehungsmittel in Vollzug nicht zu. Sie haben nur zu einer Bestrafteninflation geführt (bei 550 000 Verurteilungen im Jahr 150 000 Freiheitsstrafen) und entwerten die Strafe, ganz abgesehen davon, daß sie die Gerichte und die Strafvollzugsanstalten überlasten und damit einen wirksamen Strafvollzug in Richtung auf andere Verurteilte behindern, die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt und resozialisierungsfähig und -bedürftig sind.

Einschränkung des Strafrechts

Dem Ziel der Eindämmung der Vielbestraferei und zugleich aber der Bekämpfung der Kriminalität dient die Forderung der SPD nach einem strafrechtlichen Minimalprogramm, nämlich der Einschränkung des Strafrechts auf das unbedingt Notwendige. Bei jeder Vorschrift ist zu prüfen, ob bisherige Straftatbestände nach den heutigen Gegebenheiten noch strafbar bleiben können. Bloße Übertretungen, die kein strafwürdiges Unrecht enthalten, gehören aus dem Strafrecht heraus. Es dürfen aber auch keine neuen Straftatbestände geschaffen werden, für die kein kriminalpolitisches Bedürfnis besteht.

Vordringliche Lösung drängender Probleme

Wichtigste Aufgabe des Gesetzgebers muß es sein, brennende Probleme der Gegenwart auf dem Gebiet des Strafrechts zu erkennen und vordringlich zu lösen. Das gilt vor allem für die Staatsschutzbestimmungen und den Schutz des Fernmeldegeheimnisses. In Bereich des Staatsschutzes muß den Erfordernissen der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit durch die beschleunigte Schaffung eindeutiger objektiver Tatbestände und insbesondere einer klaren Abgrenzung des Begriffes "Staatsgeheimnis" Rechnung getragen werden. Fritz B r l e r hat hierzu vor dem Bundestag am 23. 10. 1963 erklärt: "Der strafrechtliche Staatsschutz bedarf dringend einer Reform. Wir müssen das publizistische Gefecht sauber von der Tätigkeit des gemeinen Stills trennen und den Geheimnisbegriff klar regeln. Sonst entziehen wir ohne Not lebenswichtige Fragen einer sinnvollen öffentlichen Diskussion. Aus Bequemlichkeit solchen Diskussionen ausweichen zu wollen, zeugt von Überresten obrigkeitstaatlichen Denkens, die möglichst bald beseitigt werden sollten."

Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses wird, wie Vorgänge der letzten Zeit gezeigt haben, durch die derzeitige Regelung nicht gewährleistet. Es bedarf einer Ergänzung des Strafgesetzbuches, entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion, durch die das unbefugte Abhören von Ferngesprächen auch durch nicht der Post angehörende Personen unter Strafe gestellt wird.

Umfassende Erneuerung des Strafrechts

Die SPD ist entschlossen, eine umfassende Erneuerung des Strafrechts entsprechend ihren Leitgedanken durchzuführen. In ihrem von Willy B r a n d t schon im April 1961 verkündeten Regierungsprogramm hat sie dies mit den Worten zum Ausdruck gebracht: "Die Justizpolitik der neuen Regierung wird die rechts- und sozialstaatlichen Grundsätze unserer Demokratie zur vollen Geltung bringen. Sie wird die Rechtssicherheit verstärken, die Reform des Strafrechts vollenden."

Ohne Bildung keine Demokratie

Fundament eines gesunden Staatswesens

Von Prof. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Man kann sich die formal verschiedensten Regime vorstellen, die den Ehrennamen Demokratie verdienen. Aber allen muß dabei ein gemeinsamer Kern eigen sein. Dieser ist dahin zu umschreiben, daß in einem demokratisch geordneten Land Staat und Volk nicht verschiedene Dinge sind, die sich gegenüberstehen, sondern daß Staat und Volk identisch sind, d.h. daß der Staat nichts anderes ist als der politische "Aggregatzustand", der es einem Volk erlaubt, seine Lebensordnungen selbst zu bestimmen und nach außen und nach innen zu behaupten. Demokratie ist Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk - so lautet die großartig einfache Formel, die Abraham Lincoln im Jahre 1863 auf dem Schlachtfeld von Gettysburg ausgesprochen hat, wobei er hinzufügte, daß ohne sie schlechthin die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit fehlen müßte.

Freilich ist in diesem Zusammenhang unter Freiheit etwas anderes zu verstehen als nur die Freiheit vor der Willkür einer Obrigkeit, als die Freiheit des Rechtsstaates, die Immanuel Kant meinte. Unter Freiheit ist im Zeichen der Volksherrschaft in erster Linie zu verstehen das Recht jedes einzelnen, der den Geboten des Staates unterworfen sein soll, den Willen dieses Staates mitbestimmen zu können - freilich in der Bereitschaft, die Konsequenzen mitverantworten zu wollen. Diese Freiheit ist das Kriterium, das den Bürger von Untertanen unterscheidet. Ob man "Bürger" eines Staates sein will und damit bereit, die Mühsal und Verantwortung für die Mitbestimmung seiner Geschichte zu tragen, oder ob man ein gut behandelter und gut versorgter "Untertan" einer wohlmeinenden Obrigkeit sein möchte - das ist letztlich eine Sache des Willens der Individuen und eines ganzen Volkes zur Selbstachtung.

Diese Bereitschaft zur Verantwortung für den Staat, den man selbst gestalten will, die den Bürger ausmacht, kann man nicht tragen, wenn man nicht in der Lage ist zu erkennen, was nützt und welche Möglichkeiten vorhanden sind oder geschaffen werden müssen, die Not zu wenden. Politik ist nichts anderes als Arbeit für die Ermöglichung des Notwendigen. Was hierbei erkannt werden muß, ehe man sich entscheidet - und jede Wahl zu einem Parlament ist eine politische Entscheidung für den Staat, den man haben will -, setzt viel Wissen voraus und dazu die Fähigkeit, dieses Wissen zu ordnen und in Beziehung zu den Tatsachen zu bringen, von denen aus Entscheidungen getroffen werden müssen.

Ohne den gebildeten Bürger kann die Demokratie nicht funktionieren. Es ist die Aufgabe des demokratischen Staates, schon um seiner selbst willen, für ausreichende Bildungsmöglichkeiten zu sorgen. Er hat Schulen zu errichten, darin das Wissen erworben werden kann, das man braucht, um sich in dieser Welt zurechtzufinden; in diesen Schulen müssen aber auch die Fähigkeiten entwickelt werden, die in den einzelnen Schülern stecken, damit von diesem Wissen ein möglichst vielfältiger und reicher Gebrauch gemacht werden kann. Ohne die Entwicklung aller Vermögen des Menschen zu harmonischem Zusammenspiel ist Wissen ohne schöpferische Kraft. Mit sterilem Wissen hat man noch nie etwas lebendig gemacht. Das gilt für das Leben des einzelnen Menschen; es gilt auch für das Leben eines Volkes. Und wenn der Grad der Demokratie in einem Volke Maßstab für seinen Willen zur Selbstachtung ist, so ist das Ausmaß, in dem es vermag, seine Demokratie zu lebendiger Wirklichkeit werden zu lassen, ein Maßstab für seine eigene Lebenskraft.

Freilich dürfen wir nicht den Staat allein ins Auge fassen, wenn wir von Bildung reden. Es gibt die verschiedensten Orte, darin Bildung geschehen kann: Die Familie; kirchliche und weltanschauliche Gemeinschaften; die Arbeit; die disziplinierte Gemeinschaft, die eine Gewerkschaft darstellt; das Sich-Mühen um den rechten Weg und die rechten Formen innerhalb einer politischen Partei; Volkshochschulen; der Sportverein - und noch manches andere mehr. Entscheidend ist dabei immer, daß wir uns in unserem Tun an diesen Orten nicht nur als Objekte fühlen, mit denen "umgegangen" wird, sondern als Verantwortliche, die aus Erkenntnis in Freiheit das Notwendige tun und auf sich nehmen wollen. Aber dem Staat fällt doch die Hauptlast zu, denn ohne ein ausreichendes Schulsystem, das nur er aufrichten kann, fehlt den anderen Bildungsmöglichkeiten das Fundament, auf dem sie bauen oder weiterbauen können.

Wer es mit der Demokratie ernst meint, muß willens sein, jedem einzelnen die Möglichkeit zu verschaffen, die Bildungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen, darin seine Begabung die reichste Entfaltung finden kann - ohne Rücksicht darauf, ob die Eltern vermöglich oder intelligent genug sind, ihr Kind zur rechten Zeit auf die für dieses Kind rechte Schule zu schicken. Wer dies nicht will, hat nicht begriffen, was Regierung des Volkes für das Volk und durch das Volk heißt! Darüber hinaus aber gilt es, ein anderes zu bedenken: Die Nation kann es sich heute einfach nicht mehr leisten, auf die Ausbildung auch der letzten im Volk vorhandener Begabung zu verzichten, wenn sie nicht in Kauf nehmen will, im Wettbewerb der Völker immer weiter nach hinten zu rücken - bis eines Tages in Europa die anderen die Ingenieure stellen werden und wir die Hilfsarbeiter...

Es sind also beträchtliche Mittel für Stipendien und Elternbeihilfen vorzusehen und auszuwerfen. Freilich dürfen Stipendien nicht verschenkt werden. Sie müssen durch den Nachweis der Begabung und des Willens, sie durch Fleiß fruchtbar zu machen, verdient werden. Dies muß für alle gelten und für jeden Aufstieg in die jeweils höhere Schulart, von den Hochschulen ganz zu schweigen. So werden auf den Bänken unserer höheren Schulen und Hochschulen Studenten sitzen, die für sich und für die Nation voll ausschöpfen können, was ihnen an Wissen, an Bildung, an Ausbildung angeboten wird, und so werden wir dort weniger junge Leute finden, die lediglich den Fleißigeren und Begabteren den Platz verstopfen.

Das alles kostet Geld, viel Geld, und unser Staat hat nicht genug Geld, um alles anzuschaffen und einzurichten, was gut und schön ist. In einem solchen Falle muß man Prioritäten aufstellen, d.h. gewisse Notwendigkeiten vorrangig ausstatten, vielleicht auf Kosten anderer auch notwendiger, aber weniger lebenswichtiger Dinge. Wir Sozialdemokraten halten die Ausstattung unseres Bildungswesens mit allem, was diese Zeit erfordert, für die wichtigste und damit vorrangigste Gemeinschaftsaufgabe der Nation. Die Zweifler sollten einsehen, daß Ausgaben für Bildungseinrichtungen keine Konsumausgaben sind, sondern Investitionen, die eines Tages mehr einbringen werden als sie gekostet haben. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat man festgestellt, daß seit der Jahrhundertwende die Ausgaben für Bildungseinrichtungen mehr zur Steigerung des Volkseinkommens und des Volksvermögens beigetragen haben als alle Ausgaben für neue Fabriken und neue Maschinen zusammengekommen.